

Landtagswahl 2019 – Synopse der Wahlprogramme Thema „Nachhaltige Beschaffung / Vergabegesetz“

AfD

„Vergabeverfahren sind zu vereinfachen.“

CDU

„Wir wollen mittelstandsfreundliche Vergaben sichern und bekennen uns zu Teil- und Fachlosvergaben.“

„Für uns ist klar: Sachsens Unternehmer und Handwerker brauchen weniger Bürokratie, schnelle, digitale Verwaltungsverfahren, stabile Förderbedingungen und verlässliche Rahmenbedingungen, damit sie ihre beeindruckende Erfolgsgeschichte fortschreiben können. Wir wollen, dass Unternehmen ihre Kraft in neue Ideen und Arbeitsplätze investieren. Dabei sollen sie nicht durch unnötige Bürokratie behindert werden.“

„Durch Vereinfachung und Vereinheitlichung der Förder- und Vergabeverfahren auf Grundlage einer Plattformstrategie werden wir die Anzahl der unterschiedlichen Verfahren deutlich verringern.“

„Wir wollen, dass sich Leistung lohnt und derjenige, der arbeitet auch mehr hat als derjenige, der nicht arbeitet. Wir wollen, dass Arbeitnehmer fair bezahlt werden. Unser Lohnniveau muss so attraktiv sein, dass Sachsen national und international ein anziehendes Bundesland ist.“

DIE LINKE

„Wie in allen Bereichen gesellschaftspolitischen Zusammenlebens wollen wir, gerade mit Blick auf eine wirklich zukunftsfähige Modernisierung von Verwaltungsstrukturen, dass bindende hohe soziale, gesellschaftliche und ökologische Standards in Vergabeverfahren von Verwaltungen implementiert werden.

Wir wollen deswegen, dass staatliche Vergabeverfahren in Sachsen die regionale Wertschöpfung stärken, indem über eine wirtschaftliche Verwendung öffentlicher Gelder und die Herstellung von Wettbewerb hinaus auch sozial-, arbeitsmarkt-, gesellschafts- und umweltpolitische Zielstellungen verwirklicht werden. Leistungen müssen prinzipiell ohne Kinder- oder Zwangsarbeit erbracht werden, Fairtrade- und Umweltstandards wie der Lebenszyklusansatz sollen Vergabenormalität werden. Beim Einkauf und der Vergabe von Gütern und Dienstleistungen werden die Tarifgebundenheit der Unternehmen bzw. faire Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ebenso berücksichtigt wie die Förderung von benachteiligten Gruppen, etwa von Langzeitarbeitslosen, Frauen*, Queers oder Migrant*innen.“

„Deshalb setzen wir uns dafür ein, den Mindestlohn auf mindestens 12 Euro zu erhöhen. Wir wollen, dass der Freistaat und seine Kommunen ihre Marktmacht als Auftraggeber*innen nutzen können. Sachsen ist neben Bayern das letzte Bundesland ohne Tariftreuegesetz. Deshalb werden wir das Sächsische Vergabegesetz ändern: Öffentliche Aufträge werden nur noch an Unternehmen vergeben, die sicherstellen, dass sie selbst und alle Nachunternehmer – neben Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsschutzaufgaben – auch die entsprechenden Flächen- und Branchentarifverträge einhalten.“

„Die Vergabe öffentlicher Mittel soll stets an Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden.“

„Wir wollen das sächsische Vergabegesetz ändern. Der Mindestlohn muss gesetzlich garantiert werden und sozialer Mehrwert ein Vergabekriterium.“

FDP

„Wir halten an einem Sächsischen Vergabegesetz fest, das schlank, rechtssicher und bürokratiearm ist. Eine zusätzliche Verankerung sachfremder Kriterien im Gesetz lehnen wir ab. Um Gründern und jungen Unternehmen eine bessere Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen zu ermöglichen, sollte bei geeigneten Projekten auf Langzeitnachweise verzichtet werden. Im Gemeindefinanzrecht wollen wir dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Aktivitäten öffentlicher Unternehmen im Interesse eines fairen Wettbewerbs streng begrenzt werden.“

FREIE WÄHLER

„Wir FREIE WÄHLER stehen für:

- Eine Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen von überflüssiger Bürokratie, zum Beispiel beim Zuschusswesen, bei Genehmigungsverfahren, der Tachographenpflicht und dem Vergaberecht. Daher ist eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung nötig, die die Ansiedlung von Unternehmen fördert.“

GRÜNE

„Auch der Freistaat ist verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen seines Handelns und steht deswegen bei seinen eigenen Ausgaben entwicklungspolitisch in der Pflicht.

Sächsische Steuergelder dürfen nur für Waren und Dienstleistungen verwendet werden, die unter menschenwürdigen und ökologisch sowie sozial verträglichen Bedingungen entstehen. Dafür wollen wir das Vergabegesetz reformieren, um verbindlich sicherzustellen, dass klare formulierte ökologische, ökonomische, soziale und ethische Standards bei Produktion und Handel beachtet werden. Investitionen in Rüstungsgeschäfte, Atom- oder Kohleindustrie kommen für uns nicht in Frage.“

SPD

„Wir wollen das Potential unserer sächsischen Hochschulen und ihrer Ausgründungen nutzen und die Erforschung klimaneutraler Baustoffe und klimaneutraler Herstellungsprozesse fördern. Bei der Umsetzung von Bauprojekten der öffentlichen Hand soll Sachsen mit gutem Beispiel vorangehen und innovative Baustoffe nutzen. Auch deshalb brauchen wir ein Vergabegesetz, das die Berücksichtigung ökologischer Kriterien bei der Ausschreibung von Leistungen endlich ermöglicht.“

„Bei der öffentlichen Beschaffung müssen auch ökologische und soziale Kriterien eine größere Rolle spielen - auch deshalb ist ein zeitgemäßes Vergabegesetz für Sachsen dringend nötig.“

„Mit einer Modernisierung des Vergaberechts wollen wir nicht nur für Tariftreue und die Stärkung regionaler und ökologischer Kriterien sorgen. Ein modernes Vergaberecht kann auch ein wirksames Innovationsinstrument sein, wenn es der öffentlichen Hand mehr Spielräume eröffnet. Wir wollen mit einem neuen Vergabegesetz ermöglichen, dass bei Investitionen der öffentlichen Hand – ganz gleich ob im Straßenbau, beim Neubau und der Sanierung von Gebäuden oder auch bei Ingenieurbauwerken – solche Angebote, die besonders innovative Baustoffe, Materialien oder Technologien einsetzen wollen, keinen Nachteil gegenüber der vermeintlich preisgünstigsten Lösung haben.“

„Die Vergabepolitik im Freistaat wollen wir mit Hilfe eines neuen Vergabegesetzes besonders mittelstandsfreundlich gestalten, außerdem ist es uns wichtig, dass die Möglichkeiten der Fach- und Teillosgabe, wo immer es wirtschaftlich ist, genutzt werden, um kleine und regionale Unternehmen zu stärken.“

„Mit einer Modernisierung des Vergaberechts wollen wir in Sachsen jene Unternehmen und Betriebe besonders unterstützen und fördern, die ihren Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen bieten und soziale und ökologische Standards berücksichtigen. Wir wollen mit der Aufnahme einer Tariftreueklausel in das Vergabegesetz verhindern, dass Unternehmen, die einen Tarifvertrag haben, bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gegenüber möglicher Billigkonkurrenz benachteiligt werden. Diese Tariftreueregelung führt endlich dazu, dass auch hochwertige in Sachsen produzierte Industriegüter, Bauleistungen und Dienstleistungen eine bessere Chance bei öffentlichen Vergaben haben.“

- Zusammenstellung ohne Anspruch auf Vollständigkeit -

(Stand 5. August 2019)

Heiko Reinhold, ENS